Pro Bahn: Mehr Schienen statt Straßen bauen

von Dieter Hintermeier

Infrastruktur Pro Bahn kritisiert die Pläne für 101 neue Umgehungen in Hessen bis 2030

Bis 2030 sind in Hessen 101 Umgehungsstraßen geplant. So steht es im Bundesverkehrswegeplan 2030. Für Kritiker ist das entschieden zu viel. Für sie ist der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs sinnvoller.

Frankfurt. Thomas Kraft amüsiert sich. „In Hessen bekommt jetzt jede Ortschaft eine eigene Umgehungsstraße“, sagt der Sprecher von Pro Bahn Hessen und verweist dabei auf den Bundesverkehrswegeplan 2030, der 101 Umgehungsstraßen für das Bundesland vorsieht. Für Kraft ist diese Zahl eindeutig zu viel des Guten. „Wir gehen davon aus, dass maximal 30 der Projekte realistischerweise umzusetzen sind“, sagt er. Die übrigen dieser Straßenbauprojekte sollten nach Ansicht des Pro-Bahn-Sprechers daher nicht weiter verfolgt werden. Dafür sollte das Geld „umgeschichtet“ und für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) genutzt werden.

Kraft ist sich zwar im Klaren, dass der Bund für den Bau der Umgehungsstraßen die Kosten trägt. Trotzdem fordert er, dass die Landesregierung und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) im Bundesrat „Einfluss nimmt“, um solche „Umschichtungen“ in Sachen ÖPNV voranzutreiben.

In Hessen seien derzeit 92 Straßenprojekte mit einem Investitionsvolumen von 8,2 Milliarden Euro im sogenannten vordringlichen Bedarf beziehungsweise gelten als fest disponiert, weil sie beispielsweise weit fortgeschritten oder bereits im Bau seien, so das Wirtschaftsministerium. Durch den massiven Bau von Umgehungsstraßen werde der „Verkehr beschleunigt“ und auch immer mehr „Verkehr auf die Straße gelockt“, so Kraft. Das ist aus Pro-Bahn-Sicht kontraproduktiv, denn dadurch würde sich der Autoverkehr in einer Metropole wie Frankfurt ballen, in der es keinen beziehungsweise wenig Parkraum gebe.

Bedeutung verloren

Außerdem hätten, so Kraft weiter, Umgehungsstraßen deutlich an Bedeutung verloren, vor allem dann, wenn es sich um Bundesstraßen handele. „Früher fuhr man auf solchen Straßen vielleicht von München nach Frankfurt. Heute benutzen die Menschen dafür in erster Linie die Autobahnen“, sagt der Pro-Bahn-Sprecher.

Als Beispiel führt Kraft die Bundesstraße 455 an, wo eine Umgehungsstraße lediglich für eine schneller Verbindung zwischen Friedberg und Nidda sorge. Ein weiteres Beispiel sei auf der B 452 im Vogelsberg zu finden. „Hier wird auf einem Streckenabschnitt ein Gewerbegebiet umfahren“, so Kraft, der das fragwürdig findet.

Einen regelrechten Wettbewerb zwischen „Bahn und Straße“ sieht der Pro-Bahn-Sprecher beim Bau der Ortsumgehung Usingen. Durch die ehemalige Kreisstadt führen derzeit die B 275 und die B 456. Eine Umgehungstraße soll die Innenstadt Usingens vom Verkehr entlasten. Nach dem Ausbau entstehe eine kreuzungsfreie Trasse, die von Grävenwiesbach bis an den Stadtrand von Frankfurt führe, so Kraft. Diese, so der Pro-Bahn-Experte weiter, könne „elementare Auswirkungen“ für die Taunus-Bahn haben, da dadurch mehr Pendler auf die Straße gelockt würden.

Im Wirtschaftsministerium verweist man darauf, dass das Schienennetz für den Nah- und Fernverkehr in Hessen bis zum Jahr 2030 mit „einer Rekordsumme“ ausgebaut werde. Insgesamt stünden für zwölf Großprojekte rund zwölf Milliarden Euro zur Verfügung. Wirtschaftsminister Al-Wazir sagte, dass die beiden wichtigsten Neubaustrecken im Zentrum des bundesweiten Bahnnetzes in Hessen realisiert würden: Das seien die Verbindungen Frankfurt-Mannheim sowie Hanau-Würzburg/Fulda. Beim Thema „Straße“ hätten die „Autobahnkreuze“ und „Brücken“ Priorität.

Proteste gegen Bahnausbau

Doch das heißt nicht, dass der Bau einer neuen Bahnstrecke geräuschlos und ohne Proteste über die Bühne geht. Ein aktuelles Beispiel: der Ausbau der Bahnstrecke zwischen Friedberg und Frankfurt. Schon Jahre formiert sich Protest vor allem im Frankfurter Norden gegen die Pläne der Bahn; zwei Bürgerinitiativen setzen sich gegen den Bau eines neuen S-Bahnhofs im Stadtteil ein.

Ob Schiene oder Straße: Der Bund der Steuerzahler gibt sich ohne besondere Präferenz. Clemens Knobloch, Experte für „Steuergeldverschwendung“, sagt: „Wir sind nicht per se gegen Umgehungsstraßen, aber wir achten darauf, ob bei diesen Projekten nicht unnütz Geld verschwendet wird.“

Artikel vom 15.08.2017, 03:30 Uhr (letzte Änderung 15.08.2017, 11:22 Uhr)
Artikel: **http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Pro-Bahn-Mehr-Schienen-statt-Strassen-bauen;art673,2738471**

© 2017 Frankfurter Neue Presse